

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

Aus den Tannen

Fernsprecher
Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Wojungpreis: Wöchentlich 40 Goldpfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nicht-
Erfüllung der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Befreiung. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 12 Goldpfennige, die Rückseite 8 Goldpf.
Baldbar innerhalb 8 Tagen. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 69.

Altensteig, Montag den 23. März.

Jahrgang 1925

Jahrtausendfeier der Rheinlande

Im Jahre 1925 sind 1000 Jahre verflossen, seit König Heinrich I. die linksrheinischen Gebiete mit den übrigen deutschen Ländern unter seinem Zepter vereinigte und damit das deutsche Reich schuf, das alle deutschen Stämme umfaßte und zu dem keine Gebiete gehörten, die nicht deutsch waren. Das Jahr 1925 ist somit das Geburtsjahr des nationalen deutschen Staates, und zwar in der Form, die er in der Hauptsache noch heute hat.

Die Länder am Rhein hatten damals schon eine große Geschichte und hohe Kultur. Die germanischen Stämme waren von den Römern vorübergehend unterworfen worden und hatten infolgedessen innige Berührung mit der reichen römischen Kultur gefunden. Verhältnismäßig bedeutende Städte wie Speyer, Worms, Mainz, Trier, Köln waren aus römischen Niederlassungen entstanden. Sie waren die Brückenköpfe für das Eindringen westlichen Fortschritts nach dem noch weit zurückgebliebenen Osten. In den römischen Siedlungen hatte sich auch zuerst das Christentum ausgebreitet, und die gesamten Städte sind — neben einigen süddeutschen — zugleich die ältesten christlichen Niederlassungen und die ältesten Bischofsitze auf deutschem Boden. Von hier aus nahmen Christentum und Kultur ihren Weg zu den anderen deutschen Stämmen. Das römische Weltreich wurde durch die Völkerwanderung zerstört. Aus den römischen Provinzen wurden wieder germanische Königreiche. Chlodwig, aus dem Geschlecht der Merovingen, schuf ein fränkisches Gesamtreich, das aber unter seinen Nachfolgern wieder in drei Teile Austrasien oder Ostreich, Neustrien oder Westreich und Burgund zerfiel. Die Nachfolger der Merovingen, die Karolinger, vereinigten das Reich Chlodwigs wieder und dehnten seine Grenzen über das rechtsrheinische Ufer nach Osten aus. Mittelpunkt und Kernstück blieben aber immer die Länder am Rhein, auch unter Karl dem Großen, der meist in Aachen, Nimwegen oder Ingelheim residierte. Seine Macht umfaßte den größten Teil der abendländischen Welt. Er vereinigte die germanischen Stämme bis weit nach dem Osten hin und machte sie mit der Kultur der Rheinlande bekannt. Auch seine Schöpfung zerfiel schon bald. Die Enkel teilten wieder unter sich und schufen durch den Vertrag von Verdun im Jahre 843 drei Reiche: Ostfranken, das die Länder auf dem rechten Rheinufer abwärts bis etwa zur Wupper umfaßte, aber auch auf das linke Rheinufer hinübergreift und die Bistümer Speyer, Worms und Mainz umschließt, also nicht etwa durch den Rhein begrenzt wurde; das Mittelreich, zu dem außer Italien und Burgund die Länder auf dem linken Rheinufer und auf dem rechten die Gebiete nördlich der Wupper bis zur Weser mündung gehörten, und Westfranken, d. h. das Gebiet westlich des Mittelreiches. Ostfranken oder Deutschland hatte eine rein deutsche Bevölkerung, Westfranken oder Frankreich nur Bewohner mit romanischer Sprache, das Mittelreich war sprachlich gemischt. Das letzte wurde von den drei Söhnen seines Herrschers Lothar wiederum geteilt. Der gleichnamige Sohn erhielt das nördlich von Burgund gelegene Stück, das nach ihm, später Lotharingen hieß und den größten Teil der Rheinlande umschloß. Dieses Gebiet wurde später der Zankapfel zwischen West- und Ostfranken. Der Vertrag von Meerssen schaffte nur vorübergehend Ruhe. Es folgte eine wechselvolle und an Kriegswirren überreiche Zeit, in der das karolingische Kaisertum unterging und an Stelle der Reichsgewalt die Stammesherrschaft emporkam. Giselaert von Lotharingen schloß sich im Jahre 911 sogar an Frankreich an und der deutsche König Konrad I. vermochte das Herzogtum trotz aller Anstrengungen nicht zurück zu gewinnen.

Das sollte erst seinem Nachfolger, dem 919 zum König gewählten Sachsenkönig Heinrich gelingen. Als er zur Herrschaft kam, bestand das deutsche Reich nur noch aus den Herzogtümern Sachsen und Franken, die anderen waren eigene Wege gegangen. Heinrich gewann zuerst Schwaben, dann Bayern, schließlich auch Lotharingen zurück. Herzog Giselaert wurde besiegt und unterwarf sich. Er behielt aber sein Land und wurde Schwiegerohn des Königs. Ganz Lotharingen kam zum Reich, indem es Heinrich als König anerkannte.

Damit waren die deutschen Stämme wieder vereinigt und aus dem ostfränkischen das deutsche Reich geworden. Die Westgrenze war in der Hauptsache die wirkliche Volks- und Sprachgrenze. Von dort nach Osten wohnten nur deutschsprechende Bewohner. Der nationale deutsche Staat war geschaffen. Die Rheinlande aber bildeten, wenn auch nicht geographisch, so doch politisch und kulturell, den Mittelpunkt und das Kernstück dieses Landes. Ohne sie wäre das Reich Heinrichs I. nicht das deutsche Reich geworden, wie andererseits sie ohne die Tat König Heinrichs als Fremdkörper in Frankreich oder als lebensunfähig, allen Zufällen ausgehendes Mittelreich, niemals zu der Bedeutung gekommen wären, die sie für Deutschland erlangt haben.

Diese staatsrechtliche Verbindung zwischen Rheinland und Reich wurde im Laufe der 1000 Jahre, abgesehen von der kurzen, nur 20 Jahre dauernden französischen Herrschaft vor gut 100 Jahren, nicht mehr gelöst. Sie hat alle Stürme und Wechselfälle überdauert und sich so als natürlich und notwendig erwiesen. Mit Recht nennt man somit König Heinrich I. den Begründer des deutschen Reiches.

Die Bedeutung der Ereignisse von 925 liegt deshalb nicht allein darin, daß der Teil der Rheinlande, der 911 an Frankreich angeschlossen wurde, wieder zurückkehrte, denn auch dieses Gebiet war von jeher deutsch und hat trotz wechselnder politischer Schicksale die deutsche Sprache und das Bewußtsein germanischer Abstammung bewahrt. Die Bedeutung des Jahres 925 liegt vielmehr darin, daß durch die staatsrechtliche Vereinigung der Rheinlande mit den östlichen Herzogtümern erst das deutsche Reich geschaffen wurde, in dem die ersten Jahrhunderte hindurch die beherrschende Stellung einnahmen, und weiter darin, daß die Schöpfung von 925, im Gegensatz zu den früheren, Bestand hatte und dadurch für die Geschichte der ganzen abendländischen Welt von unermeßlicher Bedeutung wurde.

Die Rheinlande wie das ganze deutsche Volk haben daher allen Anlaß, die tausendjährige Erinnerung an das Jahr 925 festlich zu begehen. Die großen Veranstaltungen rheinischer Städte wie Düsseldorf, Duisburg, Koblenz, Trier, Aachen sind daher voll und gerechtigt. Dies gilt in ganz besonderer Maße auch von der Jahrtausend-Ausstellung der Rheinlande in Köln.

Die Uberschüsse der Reichskasse

Nach den Abrechnungen, die allmonatlich von der Reichshauptkasse veröffentlicht werden, sind seit einer Reihe von Monaten die Eingänge nicht unerheblich größer gewesen als die Ausgänge. Im Januar ist ein Uberschuß von 159 Millionen, im Februar ein Uberschuß von 110,6 Millionen Reichsmark erzielt worden. Der höhere Uberschuß im Januar ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß bekanntlich am 10. Januar Vierteljahresvorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer fällig sind, während der Februar keinen solchen besonderen Stichtag hat. Bereits im Herbst 1924 trat im Reichshaushalt volle Deckung der Ausgaben durch die Einnahmen ein. Allerdings waren zunächst die monatlichen Uberschüsse nur sehr gering. Dies lag daran, daß die Reichsregierung Beträge für die Reparationskasse verauslagte, da die für diesen Zweck bestimmten Erträge der sogenannten Dawes-Anleihe noch nicht verfügbar waren. In den letzten Monaten 1924 und in den ersten beiden Monaten 1925 sind dem Reich dann diese Vorschüsse aus der Reparationskasse zurückvergütet worden. In den monatlichen Abrechnungen der Reichshauptkasse befindet sich ein sogenannter „transitorischer Posten“. Nach dem Londoner Abkommen hat Deutschland die Erträge aus den Zöllen und wenigen wichtigen Verbrauchsabgaben in den Reparationsfonds einzuzahlen. Diese Zahlungen gehören zu denen, die unter der Uberschrift „aus laufenden Reichsmitteln“ stehen. Nun sollen nach dem Dawes-Programm Zahlungen aus allgemeinen Reichsmitteln erst vom zweiten Reparationsjahre ab erfolgen. Deshalb werden die Erträge der verpfändeten Reichseinnahmen (Einkuhrzölle, Brauntwein-, Bier-, Zucker- und Tabaksteuer) während des ersten Reparationsjahres wieder an die Reichsregierung zurückvergütet. Die im Januar überwiesenen Reichseinnahmen werden im Februar zurückgezahlt sein. Wenn also in einem Monat besonders

niedrige Erträge aus den verpfändeten Einnahmen an die Reparationskasse abgeführt sind, so sind auch die Rückvergütungen im folgenden Monat geringer, obgleich vielleicht in diesem Monat die Neu-Ueberweisungen aus den verpfändeten Einnahmen besonders groß waren. Darum sind die Uberschüsse der Reichskasse selbst zweier denachbarter Monate nicht ohne weiteres vergleichbar.

Es besteht kein Zweifel, daß der gegenwärtige Stand der Reichsfinanzen recht befriedigend ist. Nach den jetzt dem Reichsrat vorliegenden neuen Steuergeetzen ist jedoch eine Verringerung der Reichseinkünfte und außerdem eine Neuverteilung auf Reich, Länder und Gemeinden vorgesehen. Der Zweck der neuen Steuergeetze ist eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen Reinertrag und Erhebungskosten, außerdem aber auch die Schaffung sozusagen einer Atempause für die deutsche Wirtschaft. Im laufenden ersten Reparationsjahre (1. September 1924 bis 31. August 1925) sind 800 Millionen Goldmark aus dem Ertrage der sogenannten Dawes-Anleihe und nur 200 Millionen Goldmark aus Wirtschaftseinkünften (Zahlungen der Reichsbahngesellschaft), im zweiten Reparationsjahre, das am 1. September 1925 beginnt, sind 1220 Millionen Mark zu zahlen, und zwar ausschließlich aus Wirtschaftseinkünften. Die unmittelbare und mittelbare Belastung der Wirtschaft wird also im zweiten Reparationsjahre rund 1 Milliarde Goldmark mehr betragen als im ersten Reparationsjahre. Dadurch wird der gegenwärtig erzielte Uberschuß in den Reichsfinanzen zum größten Teil aufgezehret. Der verhältnismäßig günstige Stand der Reichsfinanzen berechtigt also nicht zu übermäßigem Optimismus, sondern gestattet höchstens die Hoffnung, daß wir wenigstens die ersten drei (ermöglichten) Reparationsjahresraten ohne unmittelbare Katastrophengefahr werden aufbringen können.

Neues vom Tage.

Zur Reichspräsidentenwahl

Berlin, 21. März. Nach einer Mitteilung des „Reichsbloks“ soll Dr. Jarres auch als Sammellandidat der Rechtsparteien in einem etwaigen zweiten Wahlgang aufgestellt werden. Wie die „Germania“ mitteilt, wird Marx in dem Wahlkampf um die Reichspräsidentenschaft nur in Köln sprechen und zwar wahrscheinlich am Dienstag oder Mittwoch nächster Woche.

Ausruf des sog. Präsidialkandidaten

Berlin, 21. März. Der Präsidialkandidat Ministerpräsident a. D. Brauns wendet sich an die Wählerinnen und die Wähler mit einer Rundgebung, in der es heißt, für den zweiten Präsidenten der deutschen Republik sei nur ein Programm möglich: Fortsetzung des Werkes, das Reichspräsident Ebert begonnen habe. Als Oberhaupt der deutschen Republik sei Ebert von anerkannter Unparteilichkeit gewesen. Er habe die demokratische Republik als die einzige Staatsform anerkannt, in der das deutsche Volk noch leben könne. Diese Republik bedürfe besonders an ihrer Spitze des Schutzes durch überzeugte Republikaner. Die Farben schwarz-rot-gold müßten wert und heilig gehalten werden. Die Entwicklung zur Einheitsrepublik müsse das Ziel sein. Nur in strenger staatlicher Zusammenschau könne Volk und Wirtschaft wieder gesunden. Die Rundgebung schließt mit einem Ruf zum Kampfe gegen monarchistische und übernationalistische Zerschlagung und zu Gunsten der Zukunft des arbeitenden und leidenden Volkes, sowie für die großen Ideen Friedrich Eberts.

Tagung des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft

Berlin, 21. März. Die Ausschüsse und der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft haben in dieser Woche in Berlin getagt. Den Hauptgegenstand der Beratungen bildeten auch diesmal die finanziellen Verhältnisse der Gesellschaft und die Sicherstellung der Reparationszahlungen. Die äußerst gespannte Finanzlage der Deutschen Reichsbahngesellschaft fordert, jede neue Ausgabe durch eine entsprechende Erhöhung der Einnahmen auszugleichen. Den Ausgleich von Mehrausgaben auf einem Gebiete durch Ersparnisse auf anderen Gebieten zu finden, ist nicht möglich. So muß auch die durch die letzte Lohnerhöhung bedingte Mehrausgabe auf dem Wege der Tarifierhöhung wieder hereingeholt werden. Der Ausgleich soll darin gefunden werden, daß die besonders stark ermäßigten Sondertarife erhöht werden. Doch bleiben die bestehenden Tarifverhältnisse

zungen für Fahrten von Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmern, hilfsbedürftigen Stadtkindern und ähnliche Vergünstigungen des Personenverkehrs vorläufig unberührt. Vor allem aber werden die Arbeiterwohnenarten von der Erhöhung nicht betroffen. Dagegen müssen die Tariffätze der Zeitkarten des allgemeinen Verkehrs erhöht werden. Neubauten können zurzeit wegen der Knappheit der Mittel nur dann weitergeführt werden, wenn sie kurz vor ihrer Beendigung stehen oder wenn ihre baldige Durchführung besonderen wirtschaftlichen Nutzen verspricht. Auch die Fahrzeug- und Lokomotivenbeschaffung muß sich weiter vorläufig in den engsten Grenzen bewegen.

Ein neuer Prozeß.

Berlin, 22. März. Gestern begann in Berlin ein umfangreicher Beamtenbestehungsprozeß, in welchem 16 Ausländer, die sich falsche Pässe beschafft bezw. diese vermittelt hatten, und vier Polizeibeamte angeklagt sind. Die angeklagten Polizeibeamten hatten Pashbescheinigungen, durch die ihr pflichtwidriges Verhalten aufgedeckt worden war, beseitigt und durch Umschreibungen ersetzt.

Deutscher Reichstag

Am Freitag behandelte der Reichstag die dritte Lesung des Notetats.

Abg. Wittmann (Soz.) gibt eine Erklärung ab, in der es heißt: Die sozialdemokratische Fraktion ist nicht in der Lage, dem vorläufigen Haushaltsentwurf von 1925 ihre Zustimmung zu geben.

Abg. von Gräfe (Deutschvölk.) bedauert, daß keine außerpolitische Debatte stattgefunden hat. Wir stimmen nur mit großen Bedenken dem Notetat zu.

Abg. Koch-Weser (Dem.) erkennt die Notwendigkeit des Notetats an und stimmt ihm zu.

Der Notetat wird darauf in dritter Lesung abgelehnt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Das kommunistische Mißtrauensvotum wird in einfacher Abstimmung gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Die Entscheidung über die Wahrung der Interessen des Reiches bei der Umstellung der Deutschen Werke wird angenommen.

Es folgte die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Verlängerung der Fristen der 3. Steuernotverordnung in Bezug auf die Aufwertung, die am 31. März d. J. ablaufen sollten, bis zum 30. Juni d. J.

Abg. Dr. Schetter (Ztr.) berichtet über die Verhandlungen des Aufwertungsausschusses. Die Fristverlängerung sei notwendig geworden, weil das neue Aufwertungsgesetz nicht vor dem 1. April erledigt werden könne.

Reichsjustizminister Dr. Franken gibt dann namens der Reichsregierung folgende Erklärung ab: Das Reichskabinett hat hinsichtlich des Aufwertungsgesetzes beschlossen, daß es noch vor der Reichspräsidentenwahl im Laufe der nächsten Woche den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt werde. Die Reichsregierung werde von sich aus in aller nächster Zeit eingehende Darlegungen der wichtigsten und grundlegendsten Bestimmungen des Entwurfes der Defensivität unterbreiten.

Abg. Koch (Dem.) bedauert, daß das Aufwertungsgesetz noch nicht vorgelegt wurde.

Abg. Keil (Soz.) ist der Ansicht, daß die Absichten der Regierung aufscheinend weit zurückbleiben hinter den Wahlversprechungen.

Abg. Hülein (Komm.) wirft den Sozialdemokraten vor, sie veranlaßten mit den Deutschnationalen ein Wertentsetzen in Demagogie.

Abg. Hergt (Dn.) bedauert, daß die Regierung heute nichts näheres über die Aufwertungsgrundlage gesagt habe. Der Gesetzentwurf wird hierauf in 2. und 3. Lesung gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Es folgt dann die Beratung der sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge auf Sicherung der Wahlfreiheit.

Berlin, 21. März.

Am Samstag wurde das Kobelpfandgesetz in dritter Lesung angenommen. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über den Verkehr mit unedlen Metallen. Darnach sollen die Vorschriften dieses Gesetzes nicht für den börsenmäßigen Terminhandel in unedlen Metallen gelten.

Abg. Koenen (Komm.) bespricht die Vorfälle in der kommunistischen Versammlung in Halle und die Verhaftung der Kommunisten in Stuttgart. Dabei kommt es verschiedentlich zu Lärmereien, weil der Redner nicht nur die Rechte, sondern auch besonders die Sozialdemokraten heftig angreift. Abg. Crispian (Soz.) nimmt den preussischen Minister des Innern Severing gegen die kommunistischen Angriffe in Schutz und hält unter dem Wutgeheul der Kommunisten eine Anklagerede gegen diese, die er gewissenlose Menschen nennt, die im Blut waten. Reichsminister des Innern Dr. Schiele stellt fest, daß nach der Verfassung die Wahlfreiheit gewährleistet sei und kein Anlaß vorliege, die Länderregierungen noch einmal darauf hinzuweisen. Die freie Meinungsäußerung sei in keiner Weise gefährdet, doch gelte dieses Recht nur für Deutsche, nicht aber für Ausländer. Die Vorfälle in Halle seien noch nicht völlig geklärt und die Vorwürfe wegen der Vorfälle in Frankfurt a. M. seien unbegründet. Auch in Stuttgart sei von einem Wahlterror keine Rede. Der Minister stellt schließlich fest, daß die Polizeiorgane durchaus ihre Pflicht getan hätten. Wer die Polizei angreife, müsse wissen, was das zu bedeuten habe.

Ueber die Kreditgewährung an den gewerblichen Mittelstand berichtet dann Abg. Wienack (Deutschvölk.) Der Ausschuss ersucht die Reichsregierung, zur Milderung der augenblicklichen Kreditnot der selbständigen mittelständischen Gewerbe die Reichsbank zu veranlassen, eine Summe von 30 Millionen Mark der preussischen Zentralgenossenschaftsliste und der Genossenschaftsabteilung der Dresdener Bank als Darlehen auf ein Jahr baldigst zur Verfügung zu stellen, mit der Maßgabe, die daraus zu gewährenden Kredite an die Kreditnehmer der gewerblichen Kreditgenossenschaften zu einem wesentlich billigeren Zinssatz weiterzugeben. Sollte die Beschaffung der Summe auf diesem Wege nicht möglich sein, so soll sie aus Mitteln der Reichspost zur Verfügung gestellt werden.

Abg. Dreiwitz (Wirtsch. Ver.) beantragt, daß die Kredite nicht nur an die Kreditgenossenschaften, sondern allgemein an die gewerblichen Kreditinstitute gegeben werden sollen.

Abg. Eßer (Ztr.) spricht sich gegen den Antrag aus, der dann auch abgelehnt wird. Der Ausschuss-Beschluß wird darauf angenommen.

Abg. Dr. Schneider-Thüringen (Deutschvölk.) berichtet dann über die vorläufige Entschädigungsregelung. Bei der Notlage aller derjenigen, die durch Liquidation und Gewalttätigkeiten betroffen worden sind, war eine vorläufige Regelung erforderlich. Es sind Mittel durch einen Nachtragshaushalt bereitgestellt, die bald zur Verteilung gelangen sollen. Damit soll der endgültigen Regelung der Entschädigungsfrage nicht vorgegriffen werden. Der Ausschussantrag wird angenommen. Angenommen wird ohne weitere Aussprache der sozialdemokratische Antrag auf Sicherung der Wahlfreiheit.

Es folgt dann die erste Lesung des vom Ausschuss für Bildungswesen eingebrachten Gesetzentwurfes über den Lehrgang der Grundschule.

Abg. Dr. Kuntze (D. Rp.) berichtet über die Ausschussverhandlungen. Der Ausschuss schlägt folgendes Gesetz vor: Der Lehrgang der Grundschule umfaßt 4 Jahresklassen (Stufen). Im Einzelfalle können besonders leistungsfähige Schüler unter Zustimmung der Grundschullehrer mit Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde schon nach 3jährigem Besuch der Grundschule zur Aufnahmeprüfung für eine mittlere oder höhere Schule zugelassen werden. Das Gesetz soll am 1. April dieses Jahres in Kraft treten. Die näheren Bestimmungen zur Durchführung sollen durch Landesgesetz, gegebenenfalls bis zum 1. April dieses Jahres geregelt werden.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 23. März 1925.

* Uebertragen wurde eine Lehrstelle an der evangelischen Volksschule in Bejenfeld dem Unterlehrer Wilhelm Frank in Wittlensweiler.

* Die Konfirmation, die gestern hier und in den meisten Orten der Umgebung abgehalten wurde, brachte einen lebhaften Verkehr auf der Bahn und auch im Postautoverkehr, aber auch im Wechselverkehr zwischen den einzelnen Orten. Besonders einladend war die Witterung freilich am Samstag nicht. Wohl sollte am Samstag, den 21. März, „Frühlingsanfang“ sein, aber die Schneeflocken fielen am Samstag hernieder und raube Winde verursachten ein lustiges Schneetreiben, das wahrhaft nicht nach Frühlingsbeginn aussah. In Altensteig, wo 50 Konfirmanden und Konfirmandinnen ihr Gelübde ablegten, nahm die Konfirmation in der festlich geschmückten Kirche einen schönen und erhebenden Verlauf. Der Lieberkrantz ließ sich erfreulicherweise beim Gottesdienst wieder einmal hören und bei der Konfirmation selbst sang die Konfirmandenjugend, die Hauptlehrer Doppel eingeleitet hatte. Nach der Konfirmation wird für die meisten der Konfirmanden des Lebens Ernst sich schnell einstellen. Die Konfirmation wird aber für alle immer eine schöne Erinnerung und — hoffen wir — ein dauernder Segen sein.

— Abstimmung bei der Wahl des Reichspräsidenten. Die Stimmzettel werden amtlich hergestellt und vom Ministerium des Innern den Gemeinden überwiesen, die in jedem Abstimmungsraum eine ausreichende Anzahl amtlicher Stimmzettel und amtlicher Wahlumschläge bereit zu halten haben. Eine Verlesung der amtlichen Stimmzettel an die einzelnen Stimmberechtigten findet nicht statt. Der Wähler erhält vielmehr beim Betreten des Abstimmungsraums den amtlichen Stimmzettel und den amtlichen Wahlumschlag, mit denen er sich in den Nebenraum oder Wahlverschlag begibt. Die Stimmabgabe geht in folgender Weise vor sich: Will der Wähler seine Stimme für einen vorgeschlagenen, auf dem amtlichen Stimmzettel stehenden Anwärter abgeben, so setzt er in dem rechts neben dem Namen dieses Anwärters stehenden Kreis ein Kreuz (+), er kann den Namen des von ihm gewählten Anwärters auch unterstreichen oder in sonstiger Weise kennzeichnen z. B. mittels Durchstreichen aller anderen Anwärter). Will der Wähler seine Stimme keinem der vorgeschlagenen Anwärter, sondern einer nicht auf dem amtlichen Stimmzettel stehenden Person geben, so schreibt er deren Namen in das leere Feld am unteren Rande des amtlichen Stimmzettels; ist die in dieser Weise bezeichnete Person weiteren Kreisen nicht bekannt, so ist sie durch Beifügung von Vornamen, Stand oder Beruf und Wohnort so deutlich zu bezeichnen, daß kein Zweifel darüber besteht, wer gemeint ist. Der Wähler legt alsdann den in der angegebenen Weise gekennzeichneten Stimmzettel in den amtlichen Wahlumschlag, tritt an den Vorstandstisch, nennt seinen Namen und auf Erfordern seine Wohnung und übergibt den Umschlag mit dem Stimmzettel darin dem Abstimmungsbeauftragten, der ihn ungeöffnet in die Stimmurne legt. Es darf also nur der amtliche Stimmzettel und der amtliche Wahlumschlag verwendet werden, sonst ist der abgegebene Stimmzettel ungültig. Auf dem Stimmzettel sollen alle Vermerke, die nicht der Kennzeichnung eines Anwärters dienen, vermieden werden, weil sie den Stimmzettel ungültig machen. In jeder Gemeinde ist der amtliche Stimmzettel mit einem Merkblatt über seine Ausfüllung an öffentlichen Orten, insbesondere am Eingang zum Wahlraum und im Wahlraum selbst angehängt.

— Die Bestellung der Grundschulden. In letzter Zeit häufen sich die Fälle, in denen Grundschulden für die Zwecke des Realcredits bestellt werden. Diese Grund-

Ingeborg.

Roman von Fr. Lehne.

Uebersetzung durch Stuttgarter Romanzentrale

Bewußtlos trug man den Offizier vom Blase. Der ihn untersuchende Arzt machte ein bedenkliches Gesicht; er stellte eine schwere Gehirnerschütterung und einen Bruch des rechten Oberschenkels fest. Er wurde ins Krankenhaus gebracht, und ein Telegramm rief seine Mutter herbei. Noch immer war er nicht aus seiner Bewußtlosigkeit erwacht, und er lag in hohem Fieber. An ein Transportieren des Kranken konnte man vorläufig nicht denken, gab man der Baronin zur Antwort, als sie den Wunsch äußerte, den Sohn mit heim zu nehmen, um ihn dort zu pflegen. In tiefem Schmerz und großer Sorge blickte sie auf ihn, den Stolz und die Hoffnung ihres Lebens, den sie nach langer Zeit so wiedersehen mußte! — — —

Es war vieles anders geworden! Die Baronin hatte in dem letzten Jahre sehr gealtert. Ihr Haar war vollständig ergraut, und ein geheimes Leid sprach aus den dunklen Augen und den ernsten, unbewegten Zügen, wenn auch die Haltung noch ebenso ungebeugt und stolz wie früher war. Ihr Verhältnis zu dem Sohne war vollständig anders geworden. Sie litt sehr darunter. Seit er vor mehr als einem halben Jahre den Vater begraben, kam er nicht mehr nach Gatersburg.

Dieterich hatte das frohe Bewußtsein, daß er sich seinem Vater während der letzten Monate aufopfernd gewidmet und daß es ihm der alte Herr gebankt hatte. Mit ihm hatte er wenigstens von Ingeborg sprechen können, die doch nicht sein geworden war.

Am Begräbnistage des Vaters war er das letzte Mal auf Gatersburg gewesen. Denn von der Zeit an hatte

Stratzen Plettenbach mit ihrer Tochter dort Wohnung genommen, um die Tante Steined in ihrem Witwenzimmer nicht allein zu lassen, wie Valerie gefühlvoll bemerkte. Die Hauptfrage war wohl aber, sich warm zu betten und ein sorgenfreies Dasein zu führen.

In weitgehender Weise gewährte Dieterich den beiden Damen Gastfreundschaft, ohne aber nach seinem Besten zu kommen. — Entgegen seiner ursprünglichen Absicht blieb er nun noch beim Militär, und er widmete jetzt sein ganzes Interesse dem Sport.

Sein Name zählte bald zu den bekanntesten und beliebtesten auf dem grünen Rasen. Nie versagte er, und das Pferd, das er zwischen den Schenkeln hielt, führte er sicher zum Siege! Aber trotz aller seiner Erfolge war er ein freudloser Mann, da er das Mädchen seiner Liebe nicht hatte heimführen können, und er konnte Ingeborg doch nicht vergessen, wie sie von ihm verlangt hatte.

Nur einmal hatte er sie wiedergesehen und gesprochen, als er sie damals nach seiner Unterredung mit der Mutter aufgesucht und sie mit Bitten bestürmt hatte, trotz allem sein Weib zu werden.

Aber hartnäckig hielt sie an dem Versprechen fest, das sie der Baronin gegeben, und allen seinen heißen Bitten setzte sie unerschütterlichen Widerstand entgegen.

„Dränge nicht in mich“, flehte sie unter Tränen, „ich kann nicht, Dich, es geht gegen mein Gefühl! Ich kann nicht trennend zwischen Dich und Deine Eltern treten!“

„Inge, Du hast mich nicht lieb“, grüßte er, „ich nehme alles auf mich, ich will jedes Opfer bringen, und Du weigert Dich —“

„Ich Dich nicht lieben —! Dich, dich mich an, und sage das noch einmal.“ Sie legte die Hände auf seine

Schultern und blickte ihn mit den wunderschönen Augen so voll hingebender Liebe an, daß er sie stürmisch in seine Arme riß und sie mit seinen Küssen fast erstickte.

„Inge — Du — ich kann nicht von Dir lassen, Mädchen, wie magst Du so grausam sein —“

„Glaubst Du denn, mein Geliebter, ich leide nicht darunter, Dich aufzugeben, der Du mein ganzes Glück bist? — Doch es wäre der Tod Deiner Mutter“, sagte sie leise und schmerzlich, „ohne ihren Segen könnten wir nicht glücklich werden.“ Sie küßte ihre Kräfte schwinden und drängte ihn von sich. „Geh jetzt, mein Geliebter, sag kein Wort weiter, geh —“

Er lag zu ihren Füßen, und sie strich zärtlich über sein dunkles Haar, während unaufhaltsam die Tränen aus ihren Augen tropften.

Und in einem langen, heißen Kusse nahmen sie Abschied von ihrer Liebe. — — —

Jede schriftliche Annäherung wies sie zurück; sie nahm keine Briefe nicht mehr an, ganz ausgelöscht wollte sie aus seinem Leben sein, wollte tot sein für ihn.

Und er mußte sich drein ergeben; gegen ihren festen Willen kam er nicht auf.

Sie hatte sogar Frau von Franzius, mit der sie in eifrigem Briefwechsel stand, gebeten, sie nicht mehr gegen ihn zu erwähnen, ihm auch die Briefe von ihr vorzuenthalten!

Von ihrem Wirkungskreis in Berlin war sie sehr befriedigt. Die Kritiken lobten sie einstimmig. Ihre ehedemigen Mädchenträume hatten sich glänzend erfüllt; ihr Name wurde mit denen der bedeutendsten Künstlerinnen genannt!

(Fortsetzung folgt.)



stüchbelastungsact, die früher auf dem Lande überhaupt nicht bekannt war, bringt für den Grundbesitz besondere Gefahren mit sich, deren sich die Kreditnehmenden sehr oft nicht bewusst sind. Unter diesen Gesichtspunkt fällt vor allem die vollständige Loslösung der dinglichen Haftung von der persönlichen Schuldverpflichtung. Für den Erwerb der Grundschuld ist das Vorhandensein einer Forderung nicht erforderlich. Die Grundschuld entsteht für den eingetragenen Gläubiger, auch wenn eine Forderung nicht vorhanden, oder diese nichtig oder anspruchlos oder mit einer dauernden Einrede behaftet ist. Die Belastungsart ist daher für den Grundstückeigentümer nur dann unbedenklich, wenn er einem durchaus vertrauenswürdigen Kreditgeber gegenübersteht, an den er sich bei vorkommenden Anständen jederzeit halten kann. Wo diese Voraussetzung nicht zutrifft, insbesondere da, wo die Person des Kreditgebers noch nicht feststeht oder wie bei dem für den Verkehr bestimmten Dreisgrundschulden rascher Wechsel ausgeübt ist, besteht für den Grundstückeigentümer die Gefahr, daß er sich durch Einräumung einer Grundschuld der sofortigen Haftung in vollem Umfang des Grundschuldbetrages einschließlich der Zinsen und anderer Nebenleistungen ausgesetzt ohne Rücksicht darauf, ob und wieweit eine persönliche Schuld besteht. Mit derartigen Kreditgeschäften ist daher auch eine empfindliche Einschränkung der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit des Schuldners, nicht selten eine unwirtschaftliche Belastung mit Kosten und nur allzuleicht die Gefahr seiner wucherischen oder betrügerischen Ausbeutung verbunden. Solchen Gefahren nach Kräften entgegenzuwirken, ist gerade in Zeiten gespannter Kreditverhältnisse, die die dringende Notwendigkeit, weitere Beleihung kann bei den Notariaten und Grundbuchämtern eingeholt werden.

Magold, 23. März. Das „Münchener Passionspiel“ unter der Oberleitung des bekannten Christustheaterdirektors Hans Wilhelm, welches im Sommer 1920 auf der nach dem Vorbilde von Oberammergau errichteten Passionsbühne im Herzogpark München zur Aufführung kam und von der gesamten Presse als hervorragende Lebenswürdigkeit Münchens begrüßt wurde, wird diese Woche auch nach Magold kommen. Es sind drei Aufführungen vorgesehen und zwar am Freitag, Samstag und Sonntag in der Turnhalle.

Calw, 21. März. Das Rektorat des Realprogrammums und der Realschule hat ein Gesuch eingereicht um Einführung des Handarbeitsunterrichts für die Mädchen an der Schule. Von 50 Mädchen haben sich 35 angemeldet. Eine Elternversammlung hat sich für Einführung des Unterrichts ausgesprochen. Der Unterricht soll freiwillig sein: eine weitere Belastung der Schülerinnen kommt nicht in Betracht, da für den Unterricht die Spielnachmittage der Anaben genommen werden. Im Winter soll für die 2 gebildeten Abteilungen der Unterricht in 3, im Sommer in 4 Wochenstunden gegeben werden. Wenn sich der Staat an den Kosten beteiligt, soll kein Unterrichtsgeld erhoben werden, wenn dies nicht der Fall ist, soll das jährliche Schulgeld 3-5 Mk. betragen. Die Auslagen für die Stadt belaufen sich auf etwa 150 Mk. Die bei dieser Gelegenheit aufgeworfene Frage, ob es überhaupt angezeigt sei, daß Mädchen eine höhere Schule besuchen und die Knabenklassen belasten, wurde dahin beantwortet, daß die Zeitverhältnisse gebieterisch eine bessere Ausbildung der Mädchen für einen Beruf verlangen und daß die Mädchenmittelschule hierfür nicht ausreicht. Voraussichtlich werde die Mittelschule aber einen weiteren Ausbau erfahren. Verschiedene Gesuche um Baudarlehen werden genehmigt, einige andere, bei denen eine Finanzierung nach Lage der Verhältnisse unmöglich ist, abgelehnt. Um den Baukosten ihr Vorhaben zu erleichtern, wird beschlossen, ihnen eine erste Hypothek zur Erlangung weiterer Gelder einzuräumen, die den Baudarlehen der Stadt und der Wohnungskreditanstalt voranzugehen dürfe. Im allgemeinen wurde bestimmt, daß eine Hypothek von 7-8000 Mk. den städtischen Forderungen voranzugehen dürfe. Damit ist die Stadt bis zur äußersten Grenze des Entgegenkommens gegangen, denn es muß befürchtet werden, daß manche Gebäude von den Baukosten wegen der hohen Miete nicht gehalten werden können und dann der Stadt zufallen. — Der Gewerbeverein tritt für eine Unterstützung der Autolinie Böblingen (Chnningen) ein. Bis jetzt steht aber die Gemeinde Stammheim abseits, da die große Straßverbesserungen ausführen lassen muß. Außerdem wird die Befürchtung laut, daß je nach Gestaltung des Fahrplans der Verkehr sich aus dem Bezirk hinausziehen könne. Der Gemeinderat nimmt zu der neuen Verkehrsline eine sympathische Stellung ein, wünscht aber, daß der Bezirksrat die Angelegenheit in die Hand nehme. Dabei wird der Wunsch laut, es sollte eine Autolinie mit den oberen Waldorten erstrebt werden, um diesen den Verkehr in die Oberamtsstadt zu erleichtern. Ebenso findet der Gedanke Anklang, die alten Botenfuhrwerke, die in der Woche 1-2 mal nach Calw fahren, wieder aufleben zu lassen. — Die Wiederherstellung der Nikolauskirche ist um einen Schritt weiter gefördert worden. In den letzten Tagen weihte Prof. Dr. Richter hier, um wiederholt über die Dachbedeckung zu beraten. Er will nun ein Projekt ausarbeiten, von dem man annimmt, daß es eine befriedigende Lösung bringen werde. Andererseits erheben sich Stimmen, die für die Giebelbedeckung in der alten Form, die ganz charakteristisch war, sich aussprechen. Da das Dach der Kapelle ohne dies neu hergestellt werden muß, so läßt sich die Entscheidung nicht mehr lange hinauszuziehen. — Für die gesamte freiwillige Feuerwehr werden neue Helme im Betrag von 3178 Mk. angekauft. Das Gesuch der Schutzleute um neue Helme und vernickelte Säbel wird nur teilweise mit der Anschaffung von Säbeln genehmigt. Für das Feuer hier stattfindende große Landesradfahrertest wird ein größerer Betrag für eine Ehrengebe ausgeschrieben.

Stuttgart, 21. März. (Vertretertag der Württ. Bürgerpartei.) Ein Vertretertag der Deutschnationalen Volkspartei Württembergs nahm zur Reichspräsidentenwahl Stellung. In einer Entschließung heißt es: Unsere Partei hat trotz ihrer zahlenmäßigen Größe in württembergischer Selbstbestimmung berechnete parteipolitische Erwägungen gern dem nationalen Interesse einer überparteilichen Sammelkandidatur geopfert. Mit umso besserem Gewissen kann sie nicht nur vor ihre eigenen Parteifreunde, sondern vor alle irgendwie national eingestellten Frauen und Männer des deutschen Volkes hinstreten mit der Aufforderung: Wählt Dr. Jarres. Sein mannhaftes Auftreten gegenüber französischer Annäherung, sein makelloser Charakter und seine großen Verdienste als Reichsminister und Oberbürgermeister bürgen dafür, daß er der rechte Mann für die höchste Stelle ist, die das deutsche Volk nach der Weimarer Verfassung zu vergeben hat.

Todesfall. Der Gründer der bekannten Firma W. Sul. Teufel in Stuttgart, Kommerzienrat Teufel, ist im Alter von 64 Jahren in einem bayerischen Sanatorium gestorben. Er war ein hervorragender Vertreter der württembergischen Industrie und hat seine Firma, die sich mit der Fabrikation chirurgischer und orthopädischer, sowie chemisch-pharmazeutischer Artikel befaßt, aus kleinen Anfängen zu großem Ansehen in der ganzen Welt gebracht.

Neubau der Stadt Girokasse. Heute morgen hatten sich zur Feier der Eröffnung der Stadt Girokasse zahlreiche Vertreter des Landtags, der Ministerien, Staatsbehörden, des Gemeinderats und der städt. Ämter, der Stuttgarter Handels- u. Handwerkskammer und der Bankorganisationen im Neubau in der Theaterstraße versammelt. Bürgermeister Dr. Dollinger begrüßte die Gäste und teilte mit, daß der neue Bauteil aus eigenen Mitteln der Girokasse, aus dem Ertrag ihrer eigenen Arbeit und zu keinem Teil aus Steuermitteln erstellt worden sei. Der Neubau diene der Stärkung des eigenen Unternehmens und zur Erfüllung gemeinnütziger Zwecke. Als solche betrachte die Girokasse besonders die Aufwertung der alten Sparanlagen. Auch beim Abschluß für 1924 werde ebenso wie beim Abschluß von 1923 wieder ein Betrag von 500 000 Mk. als freiwilliger Beitrag für Aufwertung der alten Sparanlagen zurückerstattet werden. Die Stadt Sparkasse wüßte nichts schullischer, als den 107 000 Einlegern der Vorkriegszeit wenigstens einen Teil des Papierguthabens in Reichsmark umschreiben zu können. Mit der Sparkasse gehe es wieder aufwärts. Die Einlagen hätten in Stuttgart bei 17 000 Einlegern 7 Millionen Reichsmark bereits überschritten. So reichlich wie bisher werden aber in der Zukunft die Beiträge der Girokasse nicht mehr fließen können. Es müsse jetzt eine Periode ruhigen Fortgangs und innerer Durchbildung folgen.

Milchversorgung. Im Sitzungssaal des Rathauses fand eine Besprechung über die Milchversorgung von Groß-Stuttgart statt. Die Stadt steht vor der Entscheidung, ihre Milchversorgung G. m. b. H. zu einer großen Milchzentrale auszubauen. Als einer der ersten Sachverständigen Deutschlands auf dem Gebiet der großstädtischen Milchversorgung hielt der Leiter der Mannheimer Milchzentrale Direktor Schmitt einen Vortrag über die Milchversorgung der großen Städte. Der Hauptgegner der Milchversorgung sei die fortschreitende Geldentwertung gewesen, die auch den Landwirt zum berechnenden Kaufmann gemacht habe. Aber auch heute, nach der Währungsstabilisierung, sei noch nicht der sichere Boden der Vorkriegszeit erreicht. Die durchschnittliche Entfernung der nach Mannheim verfrachteten Frischmilch betrage heute 200 Kilometer gegenüber 50, Kilometer vor dem Krieg. Um die Milch brauchbar hereinzubekommen, bedarf ein Milchhof einer großen Außenorganisation. In den Zentren der Produktion muß die natürliche Wasserführung durch künstliche Tiefdrückung verstärkt werden. Erforderlich ist weiter die Beförderung in Kühlwagen. Nach diesen Vorbereitungen muß die Milch in der Stadt sich ankommen, denn die Milchstationen sind auch Kontrollstationen. Ein Milchhof hat aber keine Danksbereitschaft, wenn er nur besteht unter Zufuhrnahme von chemischen Mitteln. Er muß ferner ausgleichend sein gegenüber dem Verbraucher und gegenüber der heranschaffenden Landwirtschaft. An den Vortrag schloß sich eine ausgedehnte Diskussion.

Schriegen, 20. März. (Milchlieferverschlag.) In einer Besprechung der Milchzeuger der Bezirke Weinsberg, Dohringen, und Hall mit dem Vertreter der Milchversorgung Heilbronn G. m. b. H. wurde vereinbart, daß im Gegensatz zu bisher der Milchpreis jeweils nur in gegenseitigem Uebereinkommen festgesetzt wird. Beide Teile waren sich weiterhin darin einig, daß der Erzeugerfrischmilchpreis während des ganzen Jahres nennenswerten Schwankungen nicht unterworfen sein darf, um eine ordnungsmäßige Milchversorgung nicht unnötigerweise zu gefährden. Die Milchzeuger vertreten durch die Hofmischerzeuger und die Vorstände der Molkereigenossenschaften gründeten einen Verein, Vorsitzender wurde Hego-Hoheloch.

Brackenheim, 20. März. (Aussichtsturm.) Die hiesige Ortsgruppe des Schwäb. Albvereins befaßte sich mit dem Plan, auf dem Scheiterhäule einen Aussichtsturm zu errichten. Man will Mittel sammeln, um den Plan in einigen Jahren verwirklichen zu können.

Wesslingen O.M. Balingen, 20. März. („Hoffnungsvolle Blüten“). Zu der unter dieser Ueberschrift gebrachten Meldung wird berichtet: Friedrich Zigmann wurde von seinem gleichaltrigen Kameraden, der auch zur Konfirmation kommt, in seiner Wohnung abgeholt, der Terzerol und Kugeln mitbrachte. Vom Hause entfernt, haben beide einmal auf Vögel geschossen; Friedrich Zigmann wollte, nachdem er wieder eine Kugel in den Lauf gebracht hatte, um weiter zu gehen, den Hahn zumachen, dabei gleitete ihm dieser aus und die Kugel traf den vor ihm stehenden Johs. Schneider in die Brust.

Wittig O.M. Sulz, 21. März. (Brand.) Freitag früh 5 Uhr brach im Hause des Fabrikarbeiters Frau Feuer aus, das dieses in kurzer Zeit bis auf die Grundmauern in Asche legte. Die Bewohner konnten nur das nackte Leben retten.

Musbach O.M. Saugau, 19. März. (Brand.) In der Fröhe gab es im Hause des Albert Blaser, als er mit seinem Knecht im Stall arbeitete, plötzlich Kurzschluß, der sofort im Futtergang und Heuboden zündete, sodaß das Vieh kaum aus dem Stall herausgebracht werden konnte. Der Abgebrennte ist versichert.

Vom Allgäu, 21. März. (Eine Schlittenpartie mit schlimmen Folgen.) Mehrere Memminger Geschäftsleute machten am Josefitag einen Ausflug mit dem Schlitten nach Grödenbach. Beim Nachhausefahren ereignete sich ein schwerer Unfall. Die Pferde wurden ziemlich aufgeregert und das Gesährt fuhr mit voller Wucht auf einen Brunnen bei Schreinermeister Verchenmüller auf. Der Kutsher brach sich beide Beine und zwei Rippen. Schlossermeister Wirth brach sich einen Fuß und Sattlermeister Braun zog sich innere Verletzungen zu. Die anderen Insassen kamen mit dem Schrecken davon.

Vom Bodensee, 18. März. (Die ersten Schwalben.) In den Städten und Dörfern am See sind die ersten Schwalben eingetroffen, aber man erinnert sich angesichts der jetzigen nachwinterlichen Witterung bei ihrem willkommenen Erscheinen unwillkürlich an jenen bekannten Reim „Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer“.

Auch die Deutschsozialen für Jarres.

In der „Neuen Zeitung“ schreibt Richard Runge der Führer der Deutschsozialen Partei, auch die Deutschsozialen müßten die Wahl von Jarres unterstützen.

Die Kandidatur Jarres maskiert.

Die Zahl der Unterschriften unter dem Wahlauftrag für Jarres wächst ins Ungählbare. Bedeutsam ist, daß die Unterschriften nicht nur von Vertretern aller 11 Stände und Stämme stammen, sondern daß sich auch die Unterschriften aus katholischen Kreisen mehren, ein Beweis für die wachsende Sympathie, welche die Kandidatur Jarres im deutschen Volke findet. Man kann mit einem Sieg der Kandidatur Jarres im ersten Wahlgang rechnen.

Urteile über Jarres.

Ebert über Jarres. Der verstorbene Reichspräsident Ebert richtete beim Ausscheiden des Herrn Dr. Jarres aus den Ämtern des Reichsministers des Innern und Bizekanzlers an diesen folgendes Schreiben: „Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen bei diesem Anlasse mit dem Ausdruck meiner aufrichtigen Anerkennung herzlich zu danken für Ihre hingebende und erfolgreiche Wirksamkeit als Reichsminister des Innern und als Stellvertreter des Reichskanzlers.“

Handel und Verkehr

Bestliner Devisen vom 21. März 1925

	Gold	Silber	Gold	Silber
London 1 Pf. Sterl.	20,050	20,100	20,022	20,102
Newyork 1 Dollar	4,195	4,205	4,195	4,205
Christiansia 100 Kronen	64,77	64,93	65,07	65,23
Stallen 100 Lire	17,05	17,09	17,05	17,09
Batavia 100 Gulden	21,78	21,84	21,78	21,84
Schweden 100 Kronen	80,82	81,02	80,85	81,05
Wien 100 Schilling	59,125	59,265	59,125	59,265

Börse
Berliner Börse, 21. März. Bei dem ohnehin stillen Samstagsverkehr geriet das Geschäft an der Börse zum Wochenstillstand nahezu völlig in Stagnation, jedoch es auf keinem Marktegebiet zu Umsätzen von Bedeutung kam. Tendenziell zeichneten sich auch die Kursveränderungen in sehr engen Grenzen. Größere Unruhe herrschte jedoch am Anleihemarkt, da Bestimmungen über den Inhalt der Aufwertungsprämie der Regierung nicht bekannt geworden sind. Der Kurs der Reichsanleihe schwankte ungefähr um 0,700. In der letzten Veranlassung des Geldmarktes ist auch keine Veränderung eingetreten.

Wissener Börse, 21. März. (Neder-, Österr. und Bekleidungs vom 17. März.) Welche Ware in Woll- und deutschen Gütern tendierte schwächer, während die schweizer Güter ihren vollen Preisstand behaupteten. In deutschen Gütern lag vornehmlich die Textilindustrie. Die Schuhfabrikation faull wieder, jedoch Vorkaufbestellungen stiegen. Die Schuhfabrikation hatte folgende Richtwerte festgelegt: Schuhschneider 8-8,50, in Häften zum Grundverdienst 5,50-6,00 in Bernsteinschuh 8,50-7,00, in Häften zum Grundverdienst 4,5 bis 5 in Bernsteinschuh 5,50-6,00, in Häften zum Grundverdienst 3,50-4,00, braunes Wildleder 5,50-6,00, Minidor Schwarz 1,30-1,50, Hockel Schwarz 1,30-1,50, Oberleder 1,30-1,50, Treibriemenwerkstoffe zum Grundverdienst 6,40-6,75 A. Besonders feine Sorten bedingt auch höhere Preise.

Getreide
Wendehelle, Großheim: Weizen 12. Roggen 11,50. Haber 8,70 bis 12,50. Gerste 12 A. — Waizen L. H. Waizen 12 A. Gerste 14 bis 16. Haber 11-14 A. — Weizen: 12-14. Haber 9-10,50. Gerste 12. Dinkel 9,50. Roggen 11 A.

Märkte
Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt vom 21. März. Obstmarkt 30-40. Zofelapfel 10-20. Holzapfel 30-40. Kirschen 5-6. Birnen 10-12. Silbertraut 8-10. Weißtraut rund 8-10. Neustra 12-15. Le der Pfund. Blumenkohl per Stück 15-20. Grünkohl 10-12 A. Stück. Roterüben 5-7 per Pfund. Weiße Rüben 5-7. Zwiebel 12 bis 14. Rettiche 1 Stück 3-5. Sellerie ein Stück 10-25. Schwarzwurzeln 35-45. Spinat 35-45 per Pfund.
Wiedehelle, Debringen: Zufuhr 124 Stück. Preis für Ochsen 600 bis 700 Rüb. und Kalbinnen 500-700. Jungwinder 150-300 A. pro Stück. Handel langsam. — Käsemarkt: Preis der Käse: Barren 550-600. Tölen und Stiere 870-710. Rüb. 300-400. Kalbinnen und Winder 350-400. Kälber 170-210 A. Handel langsam.Schwabenreihe, Wüsten: 1 Vor Milchschwein 20-70 A. — Käsemarkt: Wäckerweine 50-102. Milchschwein 20-30 A.****

Holz
Schwabenreihe. Auf dem Ludwigsburger Hofmarkt wurden bezahlt für 1 Weizenmeter Bretter 1,40-1,50 A. für eine Yate 30-40 A. für 1 Weizenmeter Bodenbohlen 2,40-2,60. für 1 Kubikmeter forstene Planken 90 A. für 1 laufenden Meter Bauholz 0,80 bis 1,10 A. für 1 A.M. Sternholz 12-15 A. für eine Bauhänge 4,50-5 A. für eine Eschenholz 1,50-2,50 A. für eine Kiefernholz 1,30-1,50 A. für 100 Weizenkörner 2,80-4 A. für einen Bund Bohnenstücken 1-1,50 A. für 1000 Schindeln 4,50-5 A. Der Handel war anlässlich schwach, jedoch lebhafter. — Holzmarkt: Bei den letzten Holzverkäufen des Stadtkomitees sind die Preise bei sämtlichen Sorten ohnehin. 1 A.M. bühene Holz 10-15 A. bühene Scheiter 20-25 A. bühene Scheiter 12-15 A. bühene Scheiter 12-20 A. Klobholz 14-18 A.

Ueber alles Wichtige

orientiert Sie die **Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“**. Bestellen Sie diese sofort für den kommenden Monat!

Ämtliches.

Am Oberamtsbezirk Freudenstadt.

Die Maul- und Klauenseuche in dem Gehöft des Friz Haab, Schmiedmeisters in Freudenstadt, Badstraße ist erloschen. Die angeordneten Vorsichtsmaßnahmen bleiben jedoch bestehen, da die Seuche in dem Nachbargehöft des Gottlieb Frey, Fuhrmanns noch nicht erloschen ist.

Letzte Nachrichten.

Eine große Kundgebung für Dr. Jarres in Berlin.

W.B. Berlin, 22. März. Der Reichsbund veranstaltete heute nachmittag im Sportpalast eine große Kundgebung für die Wahl von Dr. Jarres zum Reichspräsidenten. Es sprachen Vertreter der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Deutsch-Völkischen Freiheitsbewegung. Nach Schluß der Veranstaltung bildeten die Teilnehmer Demonstrationsszüge durch die Straßen. Zu Zwischenfällen kam es nach den bisher vorliegenden Meldungen nicht, auch dort nicht, wo die Demonstrationsszüge Propagandaautos der Kommunisten begegneten, die mit roten Fahnen geschmückt unter Fanfarenklängen die Stadt durchzogen.

Dr. Jarres und der Ruhrkampf.

W.B. Hamburg, 23. März. In einer Rede, die

Oberbürgermeister Dr. Jarres gestern in einem großen Saal bei Sagebiel hielt, ging er u. a. auch näher auf den Ruhrkampf ein und betonte, daß er keinen andern Lebensinhalt kenne, als die Freiheit des Rheins und die Einheit des Landes mit seiner ganzen Kraft zu sichern. Dieser Kampf habe ihm zwar auf der einen Seite Anerkennung, auf der andern Seite aber Angriffe und Verleumdungen eingebracht. Er wehrte sich gegen die Vorwürfe, die ihm von anderen Parteien als Versackungspolitiker entgegen geschleudert werden. Schließlich ging der Redner noch näher auf die damalige Situation im Ruhrkampf ein und betonte, daß die Trennung von Deutschland seiner Ansicht nach nur durch eine starke politische Kraft verhindert werden konnte. Die Grundlage hierzu hätte die Note Curzons im August 1923 geboten, die den Ruhrbruch als Bruch des Friedensvertrags bezeichnet habe.

Nach dem franz.-britischen Meinungsaustausch ein britisch-deutscher Meinungsaustausch.

W.B. London, 22. März. Der diplomatische Berichterstatter des „Observer“ hält es für möglich, daß nach dem französisch-britischen Meinungsaustausch ein britisch-deutscher und vielleicht auch ein französisch-deutscher Meinungsaustausch stattfinden werde, während zur Formulierung der Ergebnisse eine Konferenz folgen könne. Wenn die deutsche Regierung sich bereit zeige, zu den Bedingungen ihres Ende Januar gemachten Vorschlages zu stehen, so werde das Problem leichter sein. Der deutsche Vorschlag habe keine Bedingung über die sofortige Räumung des Rheinlandes enthalten. Der französische Botschafter in London versuche an diesem Wochenende auf der Grundlage des deutschen Angebots eine Brücke zwischen der Londoner und der Pariser Auffassung zu schlagen. Der Berichterstatter betont erneut, daß weder die britische noch eine deutsche öffentliche Meinung bereit seien, für immer die Integrität des polnischen Korridors oder des polnischen Teils Oberschlesiens aufrecht zu erhalten. England betrachte die deutschen Ostgrenzen als Gefahr für den Frieden und könne sie nicht wie die Westgrenzen garantieren.

Der Stand der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

W.B. Paris, 22. März. Die seit Anfang voriger Woche wieder aufgenommenen deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen werden, wie berichtet, in Unterkommissionen geführt, wovon eine mit den allgemeinen juristischen Vertragsbedingungen beschäftigt ist, die andere dagegen die Aufgabe hat, die Listenfrage zu klären. Die Verhandlungen der beiden Kommissionen sind noch nicht zum Abschluß gebracht und müssen von heute bis Mitte nächster Woche unterbrochen werden, da Ministerialdirektor Serruys vom französischen Handelsministerium sich heute nach Soaibrücken begibt, um mit Vertretern des Wirtschaftslebens des Saargebiets Fühlung zu nehmen. Serruys kehrt erst am Dienstag wieder nach Paris zurück. Die Verhandlungen der Unterkommissionen werden also erst am Mittwoch wieder aufgenommen. Man glaubt aber, daß sie Ende kommender Woche ihren Abschluß finden können, sodas alsdann die Beratungen in Vollzügen der beiden Delegationen weiter fortgesetzt werden können.

Starker Schneefall in Bulgarien.

W.B. Sofia, 22. März. In den letzten Tagen trat in Nordbulgarien starker Schneefall ein. An einigen Stellen liegt der Schnee über 2 Meter hoch. Der Eisenbahnverkehr ist lahmgelegt und die telephonischen, sowie die telegraphischen Verbindungen sind gestört.

Aufhebung der Selbstverwaltung für die catalonischen Provinzen.

Madrid, 22. März. General Primo de Rivera richtet eine Botschaft an das spanische Volk, worin er die Gründe darlegt, weshalb das neue vom König gestern unterzeichnete Provinzialstatut die teilweise Aufhebung der Selbstverwaltung der catalonischen Provinzen verfügt. Er erklärt, daß die Dezentralisierung in die nationale Einheit ein Verbrechen geschlagen habe.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laut, Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.

Markt-Anzeige.

Am Mittwoch, den 25. März (Feiertag) findet hier der

Bieh- und Krämermarkt



statt, wozu einladet.

Simmersfeld, den 21. März 1925.

Gemeinderat.

Fünfbrunn.

Am Donnerstag, den 26. März 1925, nachmittags 2 Uhr kommen aus dem Gemeindevald Hagwald auf dem Rathaus zum Verkauf:



7 Km. buch. Scheiter
48 Km. buch. Anbruch
6 Km. Papierprügel

Gemeinderat.

Schrotmühle

verkauft oder vertauscht gegen grünes oder härtes Brennholz.

Karl Kuhmann, im Steig, Mödingen b. Nag.

Briefordner

und

Schnellhefter

sowie

Durchschlagpapier

Schreibmaschinen

Rohlpapier

hat stets auf Lager die

W. Rieker'sche Buchhdlg.

Altensteig.

Gefordere.

Altensteig: Gottfried Wollmershäuser, Bahnwärter a. D., 79 J.

Ein Weg, ein Wille!

Parteien und Verbände, hinter denen Millionen von deutschen Männern und Frauen stehen, haben sich in Einmütigkeit entschieden, eine überparteiliche Kandidatur für das Amt des Reichspräsidenten aufzustellen. Es ist das: Oberbürgermeister u. Reichsminister a. D.

A. Jarres

Landw. Bezirksverein Calw

Vorrätig ist

Sommerweizen

(Schlanstedter) zur Saat. Die Geschäftsstelle.

Landw. Bezirksverein Calw.

Wir empfehlen:

Schwefel.	Ammoniak	Leinmehl
Kalkstickstoff		Futterkalk
Natronsalpeter		Rälber-Mehl
Superphosphat		Klee- und Grassamen
Kali-Superphosphat		Wicken
Kalifalz		Futtererbsen
Kainit		Lein- und Hanfsamen

Ausgabe Mittwochs und Samstags.

Die Geschäftsstelle.

Bestellungen auf Br. Kohl- u. Angersrüben

nimmt sofort entgegen

Löwenw. Glinthner, Simmersfeld.

Simmersfeld.

Am Mittwoch, den 25. März (Markttag)



Metzelsuppe

wozu höfl. einladet

Stoll z. Anker.

Ebhausen.

Dankagung.



Nachdem wir unsere liebe Gattin, Mutter, Schwiegermutter und Großmutter zur letzten Ruhe gebettet haben, drängt es uns, allen, die ihr während ihrer schweren Leidenszeit Liebe, und uns bei ihrem letzten Gang Teilnahme erwiesen haben, unsern tiefgefühlten, aufrichtigsten Dank auszusprechen.

Familien Schill und Kall.

